

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großitzsch und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau und Taucha

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Kontokonto: Leipziger Buchdruckerei V. G., Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 Spalten, Kolonelleiste 35 Bfg., bei Platzvorricht 40 Bfg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachl. Stellenangebote 10 gelb, Kolonelleiste 25 Bfg., Kellamezeile 2 Mk., Inserate von auswärts: die 10 Spalten, Kolonelleiste 40 Bfg., bei Platzvorricht 50 Bfg., Kellamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Verhandlungen in Washington

Vorläufig kein Demonstrations- und Uniformverbot — Die Aufgaben des Wirtschaftsbeirates
Klagges Polizeiknüppel auf dem Braunschweiger Zentralfriedhof — Grandi auf der Reise nach Berlin

Verständigung Paris-Washington

Erklärung des Weißen Hauses

WB Washington, 23. Oktober.

Vom Weißen Haus wurde heute abend folgende Erklärung ausgegeben: „Somohl Präsident Hoover, als auch Ministerpräsident Caval wünschen klarzustellen, daß die zwischen ihnen gepflogenen Besprechungen sich nur auf die Politik beziehen, die jede der beiden Regierungen verfolgen kann, um die Erholung von der Weltwirtschaftsdepression zu fördern. Es gibt auch nicht im entferntesten irgendeine Grundlage für Erklärungen, die sich auf Forderungen, Abkommensbedingungen oder irgend ähnliche Themen beziehen. Glücklicherweise gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Frankreich und Amerika zu regeln wären. Es ist keine derartige Meinungsverschiedenheit vorhanden. Der einzige Zweck dieser Besprechungen ist ein ernster und freimütiger Austausch von Ansichten; um eine gemeinsame Grundlage für eine hilfreiche Aktion zur Förderung des konstruktiven Fortschritts in der Welt zu finden.“

Borah über die außenpolitischen Probleme

WB Washington, 23. Oktober.

Senator Borah empfing heute die französischen Korrespondenten, die mit Caval nach Washington gekommen sind, und beantwortete mit voller Offenheit deren Fragen über die Europa-Probleme. Er betonte, daß er zwar Vorsitzender des Ausschusses des Bundes senats sei, aber lediglich seine eigenen Ansichten darlege. Auf Caval's Wunsch werde er morgen abend

mit ihm bei Stimson speisen, um diesem gleichfalls seine Meinung über die außenpolitischen Probleme zu unterbreiten. Senator Borah erklärte dann, folgendes sei seine Ansicht: „Keine Besserung der Weltwirtschaftslage ist möglich ohne Aenderung des Versailles Vertrages. Besonders müssen Aenderungen bezüglich der Grenzen im polnischen Korridor, in Oberschlesien und Ungarn erfolgen. Zwar herrscht jetzt Friede in Europa, aber es ist ein Frieden brutaler Gewalt, nicht ein auf Zufriedenheit gegründeter Frieden. Die Zeit für den Ausbau des Kelloggpatentes ist noch nicht gekommen. Auch wirtschaftlicher Druck als Verschärfung des Kelloggpatentes kommt nicht in Frage, denn wirtschaftlicher Druck ist von Kriegsmahnahmen nicht verschieden.“

Würden wir jetzt im fernen Osten einen beratigen Druck ausüben, so käme das einer Kriegserklärung an Japan gleich. Eine Berringerung der Rüstungen auf „prozentualer Basis“ ist un-durchführbar. Ueberhaupt ist eine Einschränkung der Rüstungen nicht möglich, solange die Vereinigten Staaten nicht mit Sowjet-rußland diplomatische Beziehungen aufnehmen. Die von Frank-reich geforderte Sicherheit kann nur auf Gerechtigkeit gegründet werden. Ich bin für Streichung der Kriegsschulden der Alliierten an uns im gleichen Maßstab mit der Streichung der deutschen Res-pationen. Es ließe sich ein Weg finden, Frankreich für den tatsächlichen Sachschaden an den zerstörten Gebieten zu entschädigen, aber mehr darf man von Deutschland nicht verlangen. Die Zeit für Moratorien ist vorbei. Wir müssen jetzt tatsächliche Abstriche an den Kriegsschulden vornehmen, sonst geht Deutschlands Kredit vollkommen verloren. Amerika kann keine eigene Depression ohne Zusammenarbeit mit Europa nicht beenden.“

Noch nicht genug der Schmach?

Prozess gegen die Opfer von Brest-Litowsk

Vor einigen Tagen ist es im polnischen Sejm zu außer-gewöhnlich stürmischen Szenen gekommen. Den Anlaß bot die Beratung der neuen Geschäftsordnung, die weitere Einschränkung der Redefreiheit und andere Beschränkung der klammer-sich Rechte der Opposition im Parlament vorsieht. Mit elementarer Gewalt machte sich die Empörung der oppositio-nellen Minderheit gegen die fortgesetzten Vergewaltigungen durch die Regierung und die Regierungspartei, die im Sejm über eine kompakte Majorität von 248 Abgeordneten unter 444 verfügt, Luft. Das polnische Parlament führt ohnehin seit Jahren schon nur ein Schattenparlament, und ist besonders seit den Terrorwahlen vom November des vergangenen Jah-res nur noch ein Dekorationsstück.

Den Anlaß zu den Novemberwahlen, die mit den früher nur auf dem Balkan üblichen Methoden durchgeführt wurden, bildete die Verhaftung von 88 oppositionellen Abgeordneten des alten Sejms in der Nacht zum 10. September 1930. Ein Teil der verhafteten Parlamentarier wurde in das Militär-gewandnis von Brest-Litowsk, dem grauenhaftesten von ganz Polen, verschleppt. Den früheren Anlaß zu den Verhaftungen bot der Zusammenschluß der Oppositionsparteien und ihr Kongreß in Krakau. In Wirklichkeit kam es dem Marschall Pilsudski, der kurz vorher — eben aus dem sonnigen Süden zurückgekehrt — selbst die Führung der Regierung übernom-men hatte, darauf an, die Wortführer der Opposition für den bevorstehenden Wahlkampf unschädlich zu machen. Der Marschall war entschlossen, diesmal die Wahlen mit allen Gewaltmitteln durchzuführen, um sich unter allen Umständen eine für alle seine Zwecke brauchbare und gefügige Mehrheit zu schaffen. Die Einleitung zu den dann folgenden Terror-akten bildete die Verhaftung der Köpfe der Opposition und ihre Entzerrung in den Folterkammern der alten Festung am Bug. Zweieinhalb Monate wurden die Gefangenen, unter ihnen eine Reihe der besten Köpfe Polens, dort festgehalten und gepeinigt. Jetzt, nach einem Jahr, soll elf von ihnen der Prozeß wegen Hochverrats gemacht werden. Am 26. Oktober beginnt in Warschau die Verhandlung gegen die so grausam Verfolgten. Unter ihnen befinden sich u. a. der Vorkämpfer der PS, Parliski, die bekannten sozialistischen Führer Dr. Liebermann, Dr. Pragier, Mastek, Dr. Ciolkosz und Dubois, die ehemaligen Minister Kiernil und Wajnski und der bekannte Bauernführer Witos.

Die Verhaftung der Abgeordneten im September v. J. und ihre schmachvolle Behandlung in Brest-Litowsk waren brutale, ungesetzliche Gewalttaten schlimmster Art. Ge-sehe und Verfassung wurden mit Füßen getreten. Ohne ord-nungsgemäße Verfügung eines Gerichts, im Widerspruch mit den Bestimmungen der Strafprozessordnung, auf eine einfache Anordnung des Innenministers S l a d o w s k i, der natür-lich auf Befehl des rachedürstigen Marschalls Pilsudski han-delte, wurden die Abgeordneten verhaftet, in den „Wanzen-turm“ von Brest-Litowsk verschleppt und von besonders aus-gesuchten militärischen Folterknechten seelisch und körperlich sadistisch gequält. Als obersten Leiter der Exekution hatte man ertza den Schinder Oberst Kosciel-Biernadi von Przemysl nach Brest abkommandiert.

Schon auf dem Wege nach Brest wurden einzelne, z. B. der Abgeordnete Liebermann, grausam mißhandelt. Im Festungsgewandnis selbst wurden die gefangenen Abgeordne-ten, alles Männer schon in den 50er Jahren, als Unter-suchungsgefangene behandelt wie die Militärsträflinge der untersten Klasse. In der niederträchtigsten Weise schikanierte, Beschimpfte und peinigete man sie wie Rekruten auf dem Kasernenhof. Man unterwarf sie Hungerkuren und entzog ihnen jede geistige Kost. In vielfacher Weise wurden die Gefangenen gequält, geprügelt und gefoltert. Erstickungs-schmähden wurden ausgeführt, um die Gefangenen Todesqualen erdulden zu lassen. Mit solchen Mitteln erpreßten die Henker u. a. den Verzicht verschiedener der Gepeinigten auf Kandi-daturen bei den Neuwahlen. Jede Möglichkeit zu einer Ver-ständigung mit ihren Angehörigen und selbst mit ihren An-wälten wurde ihnen genommen. So blieben die Opfer eines tranken Diktators von aller Welt abgeschneitten, bis sie nach

Zusammenstöße auf dem Friedhof

Bei der Beerdigung der Braunschweiger Opfer

SPD Braunschweig, 23. Oktober.

Auf dem Braunschweiger Zentralfriedhof spielten sich am Freitag während der Beerdigung der Opfer des Braun-schweiger Majitreffens un würdige Szenen ab.

Die kommunistische Partei hatte sich besonders für die Beisetzung der am Hilttertag in Braunschweig getöteten, nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingesetzt. Als mehrere Kom-munisten nicht in der Halle, sondern trotz des Verbots des Herrn Klagges von der Freitreppe des Krematoriums sprachen, betrat die Polizei den Friedhof, um die Redner zu entfernen. Etwa 5000 Menschen waren auf dem Friedhof ver-sammelt. Die Polizei wurde von der Masse eingeschlossen. Um sich Platz zu verschaffen, griff sie zum Gummiknüppel. Einige Be-amtete, die in besondere Bedrängnis gerieten, zogen sogar Mantel. Daß solche Szenen auf dem Friedhof geschehen konnten, ist ein Zeichen für die Nervosität, die in Braunschweig herrscht, und die allein auf das Konto des Polizeiministers Klagges zu setzen ist.

In der Stadt Braunschweig wurden nach der Beerdigung von zurückkehrenden Jugendlichen die Fenster scheiben der Steh-berhalle des Parkhotels, das einem stramm deutschnationalen Besi-zer gehört, eines großen Wotohauses, das Bild der vom letzten Hilttertag ausgestellt hatte, und einer Mustalienhandlung ein-ge worfen. Als die Polizei eintraf, waren die Täter bereits verschwunden.

Ein Nazi Bürgerchaftspräsident

III Bremen, 23. Oktober.

Die Bremische Bürgerchaft wählte an Stelle des von seinem Posten zurückgetretenen sozialdemokratischen Präsidenten Oster-loh in der Stichwahl den nationalsozialistischen bisherigen Vice-präsidenten Dr. Bachhaus zum Präsidenten der Bürgerchaft. Er erhielt 57 Stimmen, während für den sozialdemokratischen Kandi-daten Jahn 41 Stimmen abgegeben wurden. 18 Stimmen von ins-gesamt 116 waren ungültig. Die Kommunisten hatten das Bürger-chaftsmitglied Raschen vorgeschlagen.

Die Gaue Thüringen und Saale-Thüringen des Stahl-helms haben den Rechtsparteien in Thüringer Landtag ein Schreiben zugehen lassen. Darin wird mitgeteilt, daß der Thürin-ger Stahlhelm zu dem Entschluß gekommen sei, nach nicht aus-reichenden Vorbereitungen seine Bemühungen fortzusetzen, um eine Regierung zu schaffen, die grundsätzlich und bedin-gungslos auf dem Boden der nationalen Opposition steht.

Die Genfer Verhandlungen

SPD Genf, 23. Oktober.

Die Freitagssitzung des Rats ging zwar wieder ohne ein end-gültiges Ergebnis aus, jedoch scheint die Lösung des mandchuri-schen Konflikts nicht mehr allzu fern zu sein. China sich die Annahme der Entschlieung des Rats vom Donnerstag erklärten, Japan brachte eine Gegenentschlieung ein, in der kein festes Datum für die nächste Ratstagung enthalten ist. Ferner sollen nach Japans Vorschlag vor der Räumung der Mandchurci Ver-handlungen technischer Art über die Zurückziehung der Truppen und die Uebernahme der besetzten Gebiete stattfinden. China lehnte den japanischen Vorschlag ab, Briand warnte jedoch den chinesischen Botschafter am Schluß der Sitzung, nicht zu viel vom Völkerverbund zu verlangen. Am Sonnabendvormittag sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die tschechische Regierung hat dem Parlament einen Geset-zenwurf zur Betämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Der Ent-wurf sieht die Einführung der Fünftagewoche ohne Kürzung der Löhne bzw. Gehälter vor.

Erzieher Klagges



„Die gegnerische Presse wird verboten, bis sie von mir den guten Ton gelernt hat.“